

Mittelosteuropa: Jugend zwischen Mobilität und Migration

Die Europäische Kommission hat das Jahr 2006 zum *Europäischen Jahr der Mobilität der Arbeitnehmer* erklärt. Eine Bezeichnung, die Folgefragen im Hinblick auf die zentralen Problembereiche und Gestaltungsaufgaben des gesellschaftlichen Zusammenlebens im größeren Europa aufwirft. Hierzu zählen die Beschäftigung mit Migration und die wirtschaftliche Partizipation von sozialschwachen Gruppen ebenso wie Integration und die Möglichkeiten von gesellschaftspolitischer Partizipation über den Bereich des Arbeitsmarktes hinaus. Mobilität hat zudem auch eine entscheidende Bildungsdimension: sie schließt den Erwerb der notwendigen, beruflichen, sprachlichen, interkulturellen und sozialen Kompetenzen ein. In einer Anfang des Jahres veröffentlichten Studie zur Arbeitnehmermobilität macht die Kommission deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in allen 25 Mitgliedsstaaten der EU grundsätzlich positiv der Mobilität gegenüber eingestellt sind. Nur 11 % der Befragten rechnen mit persönlich negativen Auswirkungen. Grundsätzlich wird in der öffentlichen Meinung die Mobilität als gewinnbringend für den Arbeitsmarkt eingeschätzt, auch sind 57 % der Meinung, dass durch die Arbeitnehmermobilität die Europäische Integration voran gebracht wird.

Einstellungen und Zahlen zur EU-Mobilität in Mittelosteuropa

Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Daten macht jedoch deutlich, dass die Situation in den einzelnen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich aussieht und zum Teil eher als ambivalent einzuschätzen ist. Mit Blick auf die acht neuen mittelosteuropäischen Staaten herrscht hier eher eine skeptische Grundeinstellung. Nur die Slowaken sind mehrheitlich davon überzeugt, dass Mobilität grundsätzlich für den Einzelnen gut ist. Alle anderen Länder bleiben zum Teil weit hinter dem EU Durchschnitt zurück. So sind beispielsweise in Polen, Litauen oder Estland nur knapp 40 % der Bevölkerung bereit, positive Auswirkungen der Migration für den Einzelnen zu erkennen.

Anders verhält es sich hingegen mit der tatsächlichen Bereitschaft, aus Arbeitsgründen in einen anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union zu ziehen. Hier sind es wiederum die Slowaken, die diesem Trend entgegenstehen, denn sie sind mit 35 % am Wenigsten dazu

bereit, in einem anderen Land eine Arbeit anzunehmen. In allen anderen Ländern Mittelosteuropas beeinflusst offenbar die eher zweifelnde Grundhaltung nicht direkt die persönliche Bereitschaft zur Arbeitsmobilität. So geht aus demselben Kommissionsbericht hervor, dass sich weit an der Spitze aller EU-Länder mit mehr als 50 % der Polen - gefolgt von Litauern, Letten und Slowenen - vorstellen können, in einem anderen Land der EU zu leben, um dort zu arbeiten. Slowaken und Esten liegen – ähnlich wie Deutschland - mit ca. 35% eher im EU-Durchschnitt, Tschechen, und Ungarn mit knapp 30 % etwas darunter.

Als wichtigste Gründe für die Bereitschaft zur Arbeitsmobilität werden in allen Ländern Mittelosteuropas, wirtschaftliche Gründe, Arbeitslosigkeit und der allgemein bessere Lebensstandard in den anderen EU-Staaten genannt. Gemeint ist im Allgemeinen die Mobilität in Richtung Westeuropa, also (weniger) die jeweiligen westlichen Nachbarstaaten, Deutschland und seit dem EU-Beitritt im Jahre 2004 verstärkt Großbritannien und Irland. De facto wird die Mobilitätsoption im Besonderen von der jungen Generation gewählt. Und betrifft häufig junge Menschen mit sehr guten und guten Schul- und Studienabschlüssen, die einem Berufseinstieg oder einer weiteren Ausbildung im eigenen Land eine unqualifizierte oder niedrigqualifizierte Arbeit im englischsprachigen Ausland vorziehen. Hauptmotivation ist für sie, möglichst schnell zu einem geregelten und finanziell attraktiven Einkommen zu gelangen. Dies belegen nicht nur die Zahlen des britischen Innenministeriums, sondern auch weltweite Pressemitteilungen über diese neue Immigrationswelle, insbesondere von jungen, gebildeten Polinnen und Polen.

Beispiel Polen

Offizieller britischer Einwanderungsstatistik zufolge haben sich im Zeitraum von Mai 2004 bis Juni 2006 erfolgreich 427.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den neuen acht mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union um einen Arbeitsplatz in Großbritannien beworben. Über die Hälfte von ihnen (62 %) ist polnischer Nationalität, über 80 % sind im Alter von 18 – 34 Jahren, die zu 56 % in Fabriken und darüber hinaus im Dienstleistungssektor arbeiten. Billiglöhne, lange Arbeitszeiten, unterqualifizierte Jobangebote, aber auch das Entstehen polnischer Clubs und Vereine und einer eigen polnischen England und Irland Presse, legen den Schluss nahe, dass dies eine andere Seite des Europäischen Mobilitätsjahrs ist. Es stellt sich die berechnete Frage, ob diese Entwicklung

nicht vielmehr mit Migration als mit der Mobilität, die die Europäische Union als freiheitlichen Grundwert schützt und fördert, zu tun hat.

Unterdessen ist bereits in Breslau, viertgrößte polnische Stadt an der Spitze der Auslandsinvestitionen in Polen, eine großangelegte Kampagne für und in England angelaufen, um die jungen, dynamischen Arbeitskräfte für den polnischen Arbeitsmarkt zurück zu gewinnen. Denn, wie in ganz Polen – wenn auch nicht in diesem Ausmaß - tut sich bereits eine weitreichende Lücke von Nachwuchskräften und jungen Experten aus dem IT Bereich, dem Handwerk, dem Bausektor und dem Ingenieurwesen auf. Bereits jetzt sei es schwierig, die entsprechenden Fachkräfte in Polen zu rekrutieren, um den zahlreichen Aufträgen, die aus den ausländischen Investitionen erwachsen und für die Zukunft angeworben werden, gerecht zu werden. Dies äußerte kürzlich der Breslauer Oberbürgermeister Dr. Rafal Dutkiewicz in einem Interview mit BBC World besorgt. Er könne durchaus verstehen, dass ein junger Mensch von seinem neuerworbenen Recht auf Freizügigkeit in der Europäischen Union Gebrauch machen wolle. Dies falle jedoch unglücklicher Weise in eine Phase, in der die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für Polen nicht besser sein könnten: als vollwertiges Mitglied der Europäischen Union und erfolgreicher Transformation zeichnet sich ein lebhafter Wirtschaftswachstum mit Aussicht auf eine zukunftssträchtige Regionalentwicklung ab. Hierzu brauche die Stadt junge, auslandserfahrende, fremdsprachige Kräfte, die in ihre persönliche Entwicklung in ihrem jeweiligen Beruf und professionelle fachliche Weiterentwicklung investieren sollten, auch wenn die Einkommensverhältnisse noch nicht dem EU Standard vollständig angeglichen sind.

Mobilität und Migration – zwei unterschiedliche Gesellschaftskonzepte

Freizügigkeit ist wohl das wichtigste Recht der Gleichberechtigung, welches die Bürgerinnen und Bürger aus den EU Vorschriften seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1957 gleichermaßen herleiten können (siehe Art. 39 EG-Vertrag). Sie gehört zu den vom EU-Recht garantierten sogenannten Grundfreiheiten. Kritisch sei an dieser Stelle bemerkt, dass Mobilität - auch im Sinne der Europäischen Union – weit mehr meint als das bloße Wechseln des Arbeitsortes, sondern ihr Attribute wie Flexibilität und Offenheit zugeordnet werden. Dadurch beschreibt Mobilität nicht nur die physische, intellektuelle oder soziale Beweglichkeit zwischen Menschen, sondern erhält sie gleichermaßen eine interkulturelle, völkerverständigende Funktion.

Mobilität ist sicherlich als ein zentrales Kennzeichen unserer modernen Gesellschaft und des europäischen wie globalen Arbeitsmarktes anzusehen. Der Begriff bleibt in Theorie und Praxis jedoch eher unscharf, hängt eine eindeutige Klassifizierung letztlich an privat verantworteten Faktoren wie der persönlichen Motivation. Bedeutet Mobilität für die junge Generation in Mitteleuropa, die neue Chancen in der Europäischen Union auch längerfristig an einem anderen Ort als im eigenen Heimatland zu nutzen und diese mit wirtschaftlicher Prosperität zu verbinden, so versteht beispielsweise die junge Generation in Deutschland darunter eher zeitlich begrenzte Austauschprogramme im Rahmen der Ausbildung und des Studiums. In beiden Fällen lässt sich Mobilität jedoch nicht allein auf den ökonomischen Faktor oder den Aspekt des Reisens begrenzen, sondern schließt eine Bildungsdimension ein. Allerdings bietet Mobilität alleine keine Garantie für die Herausbildung einer aufgeschlossenen, toleranten Einstellung, der Überwindung von Vorurteilen oder der Wertschätzung von Vielfalt in der Europäischen Union. Hierzu ist eine gezielte gesellschaftlich verantwortete Unterstützung notwendig. Der Begriff der Migration wird im Deutschen in diesem Sinne mit eher positiven Assoziationen belegt.

Anders verhält es sich mit dem Begriff der *Migration*, der mit individuellen und sozialen Deklassierungsprozessen in Verbindung gebracht und als Aus- bzw. Einwanderungsprozess verstanden wird. Er erscheint in gewisser Weise negativ besetzt, da eine bestimmte soziale oder wirtschaftliche Notlage als Grundmotivation angenommen. Diese Motivation lässt sich nur noch schwer mit dem Grundgedanken der Freizügigkeit vereinbaren, da sich der Fokus auf die ungleiche wirtschaftliche und soziale Ausgangslage richtet.

Wie die zitierte Mobilitätsumfrage der EU zeigt, haben die Menschen in den neuen Mitgliedsstaaten offenbar genau diesen Zwiespalt zwischen Mobilität und Migration empfunden, indem sie nur einen sehr geringen persönlichen Mehrwert an einer - im Sinne von Migration verstandenen - Mobilität erkennen und sich andererseits jedoch vorstellen können, aufgrund von drohender Arbeitslosigkeit Mobilität als Ausweidlösung in Betracht zu ziehen. Schade, dass augenblicklich eine offensichtliche Reduzierung des Mobilitätsbegriffs zu Tage tritt. Denn soziologische Untersuchungen zeigten bereits einige Jahre vor dem EU Beitritt der Mitteleuropäischen Staaten, dass beispielsweise in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn umfassende Mobilitätskompetenzen wie innovative Problemlösungskompetenz, geistige Anpassungsfähigkeit, kreativer Unternehmergeist, Flexibilität, Offenheit, wissenschaftliches und technisches Know how sowie eine hohe Allgemeinbildung der

Bevölkerung und gute Fremdsprachenkenntnisse besonders bei den jüngeren Generationen vorhanden war.

Fazit: den Zwiespalt zwischen Mobilität und Migration qualitativ besetzen

Bedenklich wäre es, wenn im Rückblick auf das *Europäische Jahr der Mobilität der Arbeitnehmer* nur das Bild von mittelosteuropäischem „brain drain“, „youth drain“ und weitreichendem „social drain“ zurück bliebe. Selbstverständlich darf die Chance nicht verpasst werden, sich kritisch mit der Zukunftsperspektive von jungen Menschen in den neuen Mitgliedsstaaten der europäischen Union auseinander zu setzen. Die derzeitigen Migrationsprozesse sollten nicht überbewertet werden, jedoch geben sie Anlass zu einer hintergründigen Diskussion über die gemeinsame Gestaltung der Zukunft in der Europäischen Union.

Dem Individuum steht in jedem Fall das Recht auf Freizügigkeit zu, gerade junge Menschen sollten sich auch über die Grenzen ihres Heimatlandes hinaus auszuprobieren können, um etwas Neues zu erfahren und Erfahrungen mit anderen Menschen auszutauschen. Mobilität ist jedoch nicht dasselbe wie Migration. Beides setzt zwar eine hohe Eigenbeteiligung voraus, begründet sich aber auf einer eher unterschiedlichen Motivation. Stehen bei der Mobilität die Aspekte persönliche Weiterentwicklung, Offenheit und interkulturelles Lernen im Vordergrund, so dient die Migration vorrangig der Überwindung von wirtschaftlicher Stagnation und der ökonomischen Verbesserung. Die individuelle Motivation kann hier durchaus multilateral sein, so kommt darauf an, jungen Menschen in Mittelosteuropa bei einer konstruktiven Verknüpfung von beiden Strängen zu unterstützen. Hierzu gehört auch, die Folgefragen bezüglich Integration, Interkulturalität und Partizipation kritisch zu reflektieren und über die gesellschaftlichen Faktoren von Migration wie beispielsweise den Verlust der traditionellen Familienstrukturen – als einer der wichtigsten sozialen Pfeiler der Gesellschaftsstruktur in Mittelosteuropa – aufzuklären. Um einem möglichen politischen Rechtsruck aus politischer Hilflosigkeit angesichts zunehmender Auswanderung entgegenwirken und die jungen Demokratien zu konsolidieren, muss es Aufgabe einer europäischen Migrationspolitik auch sein, Wege der Partizipation aufzuzeigen, die nicht erst im westlichen Ausland beginnen. Denn die Demokratie braucht die Jugend als unverzichtbare Innovationsquelle und als Kreativitätsstandort. Um der jungen Generation ein derartiges Grundverständnis von gesellschaftspolitischer Teilhabe zu vermitteln, ist ein umfassendes mittelosteuropaspezifisches Konzept der *politischen Europabildung* gefragt, welches dem

Mobilitätsanspruch der Europäischen Union dann gerecht wird, wenn es konkrete Wege der Mitwirkung und der Zusammenarbeit mit den Jugendlichen in den alten Mitgliedsstaaten der EU aufzeigen kann.

Literatur:

Centrum Badania Opinii Społecznej (Hg.): Co Polka, Czechy, Słowacja I Węgry mają do zaoferowania Unii Europejskiej. Forschungsbericht BS/99/2004.

Eurobarometer survey on geographic and labour market mobility 64.1 (2005)

Europäische Kommission: Europas and mobility: first results of an EU-wide survey. 2006

Feldmann-Wojtachnia, Eva: Mobilität entsteht nicht von selbst. Zur Notwendigkeit von interkultureller Kompetenz vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung. In: IJAB (Hg.): Jugendmobilität in Europa. Bonn, 2005, S. 156-170.

Enter the Polish. In: TIME 25. September 2006, Vol. 168, Nr. 14, S.42.

Neue EU-Bürger stehen Mobilität gespalten gegenüber In: Euractiv.com vom 12.07.06, aktualisierte Version 10.11.06, <http://www.euractiv.com/de/mobilitaet/neue-eu-burger-stehen-mobilitat-gespalten-gegenuber/article-156696>